Entwurf

Antrag

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen

Initiator*innen: Jan Gerdes-Röben (KV München)

Titel: **Photovoltaik für Wohnanlagen**

Antragstext

Wir haben in Bayern sehr viele Dachflächen, die trotz guter Sonneneinstrahlung nicht genutzt werden (für PV Anlagen). Hier könnten an Sonnenstrahlungsintensiven Tage, sehr viel mehr Energie gewonnen werden. Klar, es ist mit Kosten verbunden, aber leider gibt es immer noch keine Regelung der finanziellen Unterstützung für Wohnungsanlagen und ein Vermieter tut sich schwer, seine Kosten seinem Mieter aufzubürden. Hier muss dringend eine Regelung gefunden werden, die es finanziell möglich macht, auch als Vermieter seine Kosten abrechnen zu können. Zum Beispiel steuerlich! Das sollte diskutiert werden.

A 1

Antrag

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen

Initiator*innen: AK-Rat (dort beschlossen am: 16.12.2022)

Titel: **Umbennung des Arbeitskreises AK Plastik in AK Kreislaufwirtschaft**

Antragstext

Der AK Plastik beantragt die Umbenennung des Arbeitskreis (AK) Plastik in Arbeitskreis (AK) Kreislaufwirtschaft.

Begründung

Auszug Protokoll AK-Rat 16.12.2022
6. Umbenennung AK Plastik zu AK Kreislaufwirtschaft: ein Meinungsbild wird erstellt, einstimmige Zustimmung. Die endgültige Abstimmung dazu erfolgt satzungsmäßig erst bei der Jahreshauptversammlung, der AK Rat empfiehlt das einstimmig.

Begründungstext Antrag des AK

Nach langer inhaltlicher Arbeit im Bereich der Plastikvermeidung, des Recyclings und der Kreislaufwirtschaft hat der AK festgestellt, dass der aus anfänglichen Aktionen und Initiativen bei der Gründung entstandene Begriff AK Plastik, die Tätigkeit und Zielsetzung nicht mehr ausreichend wiedergibt und zu eng gefasst ist.

Der AK hat sich nach dem anfänglichen Thema Müllvermeidung, -Zero Waste - Schwerpunkt Kunststoffverpackungen-, auch mit der zielgerichteten Sammlung und nachhaltigen, ökologischen Wiederverwertung von Wertstoffen aller Art beschäftigt. Außerdem hat er auch inhaltliche Zuarbeit geleistet, damit zumindest ein Pilotversuch zur Einführung der Gelben Tonne im Stadtrat beschlossen wurde.

Viele Bereiche, in denen täglich Abfälle aus den Haushalten oder dem lokalen Gewerbe anfallen, wie z.B. Biomüll, Elektroschrott und Bauabfälle spielen in unserer Tätigkeit zunehmend eine immer wichtigere Rolle. Um diese inhaltliche Ausrichtung auch nach außen besser darzustellen und den AK auch für weitere Interessent*innen zu öffnen, wollen wir diesen nun in AK Kreislaufwirtschaft umbenennen.

Über eine Unterstützung dieses Anliegens freuen wir uns.

Vielen Dank!

Dagmar Mosch, Christopher Stark (Sprecher*innen)

Gisela Kainz, Cleo Reihl, Can Dedeoglu, Christian Hartranft (Beisitzer*innen)

Unterstützer*innen

Christopher Stark (KV München), Frank Dürsch (KV München)

A 2NEU

Antrag

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen

Initiator*innen: Vorstand der Grünen Jugend München, Ortsverband Ramersdorf-Perlach (dort beschlossen am: 29.12.2022)

Titel: **Geburtshilfe Neuperlach erhalten.**

Antragstext

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN München stehen für den Erhalt der geburtshilflichen Abteilung im Klinikum Neuperlach über das Jahr 2024 hinaus ein und fordern die Grün-Rosa Stadtratsfraktion auf, sich für einen entsprechenden Stadtratsbeschluss einzusetzen.Die Frauenklinik der MüK soll am Standort Neuperlach bis mindestens 2027 erhalten bleiben. Bis dahin sollen mit aller Kraft Möglichkeiten ausgelotet werden, den Standort dauerhaft zu erhalten. Dabei sind alle politischen Ebenen in die Lösungsfindung mit einzubeziehen

Begründung

Ein Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2015 plant die Zusammenlegung der geburtshilflichen Abteilungen der München Klinik von Harlaching und Neuperlach im Jahr 2024. Dieser Beschluss steht jedoch noch unter Vorbehalt, da das Gesundheitsreferat aktuell eine Evaluation der Versorgungssituation in der Geburtshilfe im München durchführt, auf deren Grundlage der Stadtrat voraussichtlich im dritten Quartal 2023 final über die Zukunft der Einrichtung in Neuperlach entscheidet. Die Belegschaft der Geburtshilfe Neuperlach wurde nach eigener Aussage in diesen Prozess bisher nicht mit einbezogen und geht davon aus, dass die Leitung der München Klinik bereits mit der Verlegung der Station plant. Es ist jedoch offenkundig, dass die Bedarfsprognosen von 2015 nicht mehr zutreffend sind:

Angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums im Münchner Osten (zwischen 2015 und 2021 sind 12%

mehr Kinder in Neuperlach geboren worden, nach dem Demographie Bericht von 2019 wird Ramersdorf-Perlach bis 2040 um weitere 11,6% wachsen) wäre die Schließung ein äußerst kurzsichtiger Schritt in die falsche Richtung. Ramersdorf-Perlach alleine ist in etwa so groß wie ganz Ingolstadt und der jüngste Stadtteil Münchens mit entsprechend vielen Familiengründungen.

Wohnortnahe Versorgung für Gebärende und die freie Wahl des Geburtsortes sind hohe Güter, die durch zunehmende Zentralisierung zusehends verloren gehen. Zumal die Geburtshilfe in Neuperlach aktuell der einzige Hebammen-geleitet Kresißsaal Münchens ist; eine Option für werdende Mütter, die mit der Schließung verloren ginge.

Die Hebammen und Kinderkrankenschwestern in Neuperlach machen einen äußerst guten Job und bilden ein bestens eingespieltes Team, das eine für unser Gesundheitssystem ungewöhnlich persönliche und bedürfnisorientierte Gesundheitsversorgung gewährleistet, was sich etwa in der München-weit niedrigsten Kaiserschnittrate von 15% widerspiegelt und so in einem Haus mit > 4000 Geburten sicher nicht möglich wäre.

Dieses, heutzutage fast schon einzigartiger Weise nicht an Fachkräftemangel leidende, Team würde durch die Verlegung aufgelöst, unserem Gesundheitssystem drohen gar wichtige Fachkräfte verloren zu gehen: In Harlaching sind die Hebammen freiberuflich tätig, in Neuperlach angestellt. Nicht alle können sich die Selbstständigkeit leisten.

Aus diesen Gründen hat die Belegschaft eine Petition für den Erhalt der Abteilung gestartet, die Stand Dezember 2022 bereits über 20.000 Menschen unterzeichnet haben. Außerdem haben die örtlichen Bezirksausschüsse 15 (Trudering-Riem) und 16 (Ramersdorf-Perlach) bereits für den Erhalt gestimmt. Politischer Einsatz der Partei und Fraktion der Münchner Grünen für den Erhalt der Neuperlacher Geburtshilfe bedeutet also den demokratisch zum Ausdruck gebrachten Willen der Menschen vor Ort ernst zu nehmen.

Unterstützer*innen

Lorenz Stradtner (KV München), Dardan Kolic (KV München), Roland Barfus (KV München), Ursula Krusche (KV München), Harald Rank (KV München), Sanne Kurz (KV München), Eva Döring (KV München), Sebastian Schmitt (KV München), Irmgard Pfaffinger (KV München), Florina Vilgertshofer (KV München), Frank Dürsch (KV München), Claude Unterleitner (KV München), Maria Kolafa (KV München), Christina Wildberger (KV München), Thorsten Kellermann (KV München), Ann Krombholz (KV München), Magdalena Flury (KV München), Karoline Köster (KV München), Lukas Spanier (KV München), Gerhard Pfaffinger (KV München), Martin Ottensmann (KV München)

D 2

Antrag

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen

Initiator*innen: Ortsverband Schwabing-Maxvorstadt-Freimann (dort beschlossen am: 12.01.2023)

Titel: **Autofreie Sonntage auf der Sonnenstraße vom Sendlinger Tor bis Stachus und weiter bis zur Brienner Straße**

Antragstext

Die Stadt München wird aufgefordert, die Sonnenstraße an Sonntagen tagsüber vom Sendlinger Tor mindestens bis zum Lenbachplatz, möglichst aber über den Maximiliansplatz hinaus bis zur Brienner Straße für den Autoverkehr zu sperren.

- Die Fahrbahnen auf der dem Stadtzentrum zugewandten Seite werden für den Fußverkehr geöffnet, die äußeren Fahrspuren können fürs Radfahren, Skaten usw. genutzt werden.

- Trambahnen können weiterhin fahren.

- Vereine und Institutionen können Infostände aufstellen, auch Imbiss-Stände sollen möglich sein. Eine nicht permanente Straßenmöblierung soll ebenfalls erlaubt sein.

- Die Sperrung soll immer von 9:00 Uhr bis 20:00 Uhr erfolgen.

12 - Die Organisation übernimmt das KVR.

13 - Es könnte zuerst eine Testphase mit jeweils 2 Sonntagen im Monat geben.

Begründung

Die Stadt München möchte und muss mehr für den Klimaschutz tun. Die Sperrung der Sonnenstraße zumindest an Sonntagen, mindestens an 2 Sonntagen pro Monat ist ein erster, symbolischer Schritt. Die Münchner Bürgerinnen und Bürger bekommen die Gelegenheit, eine sonst laute, schmutzige Verkehrsstraße frei zu betreten und für Freizeit, Sport und andere Aktivitäten zu nutzen.

Die Sonnenstraße eignet sich besonders für eine solche Maßnahme: Sie ist sehr gut über den ÖPNV (U-Bahn, S-Bahn, Tram) erreichbar, Buslinien müssen nicht verlegt werden, da nicht vorhanden. Die Sonnenstraße grenzt an die Innenstadt mit vielen Fußgängerzonen.
Die Öffnung der Sonnenstraße für den Fußverkehr könnte die Attraktivität und Belebung der Innenstadt sogar steigern. Berufs- und Lieferverkehr findet am Sonntag nicht statt.

Kommt die autofreie Sonnenstraße bei den Münchnerinnen und Münchnern gut an, können die Zeiten ausgeweitet bzw. weitere Straßen einbezogen werden.

Das brasilianische São Paulo, eine der größten Städte der Welt, macht es vor: Seit Herbst 2015 ist im städtebaulichen Programm "Ruas abertas" die achtspurige Avenida Paulista an Sonntagen tagsüber frei für soziales Miteinander und wird sehr gut von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen.

Die mehrspurige Hochstraße Elevado Presidente João Goulart, wird zum "Parque Minhocão". (Der Spitzname Minhocão bedeutet übrigens "großer Wurm" - in München gibt es auch eine Lindwurmstraße ...)

Initiative Barbara Epple

D3

Antrag

an den Stadtparteitag der Münchner Grünen

Initiator*innen: Christine Harttmann

Titel: **Alle Dörfer bleiben**

Antragstext

Dass der mit RWE ausgehandelte Kohle-Kompromiss die Räumung des Dorfes Lützerath nicht verhindern konnte, bedauern wir, die Mitglieder des Stadtverband München, außerordentlich. Wir hätten uns eine andere Lösung gewünscht. Den Bundesvorstand und unsere Mandatsträger fordern wir nun dazu auf, sich in den allen Kohleregionen für den Erhalt aller weiteren Dörfer und gegen Enteignungen stark zu machen. Für Mühlrose in der Lausitz muss das ebenso gelten, wie im Rheinland für Keyenberg, Kuckum und Beverath. Ziel muss sein, dass die Kohleverstromung in ganz Deutschland bis spätestens 2030 endet.

Begründung

Die Grundwerte Grüner Politik waren immer auch mit der Klima- und Umweltbewegung verbunden. Sowohl das Pariser Klimaabkommen als auch der Koalitionsvertrag, den die Mitglieder der Partei in einer Urabstimmung angenommen haben, sind eine Verpflichtung zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels. Gerade deswegen muss das Bestreben Grüner Politik sein, so viel Kohle wie möglich im Boden zu lassen und so wenig Kohle wie möglich zu verbrennen. Das gilt für jede Kohleregion.

Im Rheinland hat zwar der Deal, der mit RWE ausgehandelt wurde, die Menge der Braunkohle, die noch abgebaggert werden darf, halbiert. Dennoch geht es um zusätzliche 280 Millionen Tonnen Kohle, die im Boden bleiben oder auch nicht, oder – anders ausgedrückt – 280 Millionen Tonnen CO2, die emittiert werden oder auch nicht.

Wird diese Kohle abgebaggert und verbrannt, kann das – das belegen mehrere wissenschaftliche Studien – darüber entscheiden, ob Deutschland sein 1,5 Grand Ziel einhält oder nicht.

Ein Drittel der Deutschen Kohle kommt allerdings aus der Lausitz. Hier entscheidet sich ebenfalls, ob wir das 1,5 Grad-Ziel einhalten oder nicht. Und auch hier verlieren mit der Zwangsumsiedelung Menschen ihre Heimat.

Unterstützer*innen

Ulrich Martini (KV München), Katharina Wittig (KV München), Arnost Stanzel (KV München), Dorothee Stinshoff-Kraus (KV München), Sonja Rümelin (KV München), Benedikt Lemnitzer (KV München), Katrina Naomi Templeton (KV München), Barbara Baums (KV München), Max Funk (KV München), Jörg Spengler (KV München), Magdalena Flury (KV München), Lorenz Stradtner (KV München), Eva-Maria Lankes (KV München), Maria Kolafa (KV München), Lukas Spanier (KV München), Johannes Reichel (KV München), Lino Fischer (KV München), Sebastian Leininger (KV München)